

Stand: 26.01.2026 04:51:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5840

"Investitionen für Sicherheit und Wohlstand"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5840 vom 19.03.2025
2. Beschluss des Plenums 19/5861 vom 19.03.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 45 vom 19.03.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Josef Zellmeier, Holger Dremel, Thomas Huber, Kerstin Schreyer, Maximilian Böltl, Daniel Artmann, Konrad Baur, Barbara Becker, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Thorsten Freudenberg, Martina Gießübel, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Joachim Konrad, Harald Kühn, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Werner Stieglitz, Martin Stock, Steffen Vogel, Peter Wachler, Kristan Freiherr von Waldenfels und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Stefan Frühbeißer, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Investitionen für Sicherheit und Wohlstand

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Deutschland vor historischen Herausforderungen steht. Mit Blick auf die wirtschaftliche Lage und die weltpolitischen Entwicklungen sind massive Investitionen in unser Land nötig, um weiterhin in Sicherheit und Wohlstand leben zu können.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Bundesrat einem schuldenbasierten Sondervermögen von 500 Mrd. Euro und einer Reform der Schuldenbremse zuzustimmen. Sie ermöglichen kräftige Investitionen in Infrastruktur, Wirtschaft und Klimaschutz. Auch die Bundeswehr sowie der Zivil- und Bevölkerungsschutz werden gestärkt.

Der Landtag stellt fest, dass es für die Rückzahlung der Schulden konkrete Pläne braucht. Auch ist jetzt der richtige Zeitpunkt, den Länderfinanzausgleich umzubauen, damit bayerisches Geld für bayerische Investitionen zur Verfügung steht.

Gleichzeitig stellt der Landtag fest, dass mehr Geld nicht alle Probleme in Deutschland löst. Daher braucht es auch zügige und effiziente Verfahren, den Abbau von Bürokratie sowie gezielte Einsparungen. Die Übertragung neuer Aufgaben auf die Kommunen ohne Gegenfinanzierung durch den Bund muss ein Ende haben. Ziel ist ein klar verankertes Konnexitätsprinzip zulasten des Bundeshaushalts.

Der Landtag unterstreicht, dass die zusätzlichen Mittel sorgsam und wohl überlegt investiert werden müssen. Sie sind nicht für staatliche Konsum- oder Transferleistungen gedacht, sondern mit Respekt vor Kindern und Enkeln zum langfristigen Wohle des Landes einzusetzen. Die einzelnen Investitionsbedarfe sind nicht jetzt, sondern in Abwägung der Bedarfe und Interessen des Freistaates Bayern im Rahmen der kommenden Doppelhaushalte festzulegen.

Der Landtag betont, dass der Freistaat Bayern für eine stabile Finanzpolitik steht und bundesweit Vorreiter für einen ausgeglichenen Haushalt ist. Es ist sein Selbstverständnis, die Nutzung der neu gewonnenen Spielräume verantwortungsvoll zu ermöglichen und dabei stets dem Prinzip der finanziellen Nachhaltigkeit treu zu bleiben mit dem Ziel, weiterhin ohne neue Schulden zu wirtschaften.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Josef Zellmeier, Holger Dremel, Thomas Huber, Kerstin Schreyer, Maximilian Böltl, Daniel Artmann, Konrad Baur, Barbara Becker, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Joachim Konrad, Harald Kühn, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Werner Stieglitz, Martin Stock, Steffen Vogel, Peter Wachler, Kristan Freiherr von Waldenfels und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Stefan Frühbeißer, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/5840

Investitionen für Sicherheit und Wohlstand

Der Landtag stellt fest, dass Deutschland vor historischen Herausforderungen steht. Mit Blick auf die wirtschaftliche Lage und die weltpolitischen Entwicklungen sind massive Investitionen in unser Land nötig, um weiterhin in Sicherheit und Wohlstand leben zu können.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Bundesrat einem schuldenbasierten Sondervermögen von 500 Mrd. Euro und einer Reform der Schuldenbremse zuzustimmen. Sie ermöglichen kräftige Investitionen in Infrastruktur, Wirtschaft und Klimaschutz. Auch die Bundeswehr sowie der Zivil- und Bevölkerungsschutz werden gestärkt.

Der Landtag stellt fest, dass es für die Rückzahlung der Schulden konkrete Pläne braucht. Auch ist jetzt der richtige Zeitpunkt, den Länderfinanzausgleich umzubauen, damit bayerisches Geld für bayerische Investitionen zur Verfügung steht.

Gleichzeitig stellt der Landtag fest, dass mehr Geld nicht alle Probleme in Deutschland löst. Daher braucht es auch zügige und effiziente Verfahren, den Abbau von Bürokratie sowie gezielte Einsparungen. Die Übertragung neuer Aufgaben auf die Kommunen ohne Gegenfinanzierung durch den Bund muss ein Ende haben. Ziel ist ein klar verankertes Konnexitätsprinzip zulasten des Bundeshaushalts.

Der Landtag unterstreicht, dass die zusätzlichen Mittel sorgsam und wohl überlegt investiert werden müssen. Sie sind nicht für staatliche Konsum- oder Transferleistungen gedacht, sondern mit Respekt vor Kindern und Enkeln zum langfristigen Wohle des Landes einzusetzen. Die einzelnen Investitionsbedarfe sind nicht jetzt, sondern in Abwägung der Bedarfe und Interessen des Freistaates Bayern im Rahmen der kommenden Doppelhaushalte festzulegen.

Der Landtag betont, dass der Freistaat Bayern für eine stabile Finanzpolitik steht und bundesweit Vorreiter für einen ausgeglichenen Haushalt ist. Es ist sein Selbstverständnis, die Nutzung der neu gewonnenen Spielräume verantwortungsvoll zu ermöglichen und dabei stets dem Prinzip der finanziellen Nachhaltigkeit treu zu bleiben mit dem Ziel, weiterhin ohne neue Schulden zu wirtschaften.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Claudia Köhler

Abg. Ralf Stadler

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Benjamin Nolte

Abg. Anna Rasehorn

Abg. Stefan Frühbeißer

Staatssekretär Martin Schöffel

Abg. Oskar Lipp

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Bayern modernisieren: Investitionen in Schulen, Wärmenetze, Bahn
(Drs. 19/5834)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und
Fraktion (CSU),**
**Florian Streibl, Felix Locke, Stefan Frühbeißer u. a. und Fraktion (FREIE
WÄHLER)**

Investitionen für Sicherheit und Wohlstand (Drs. 19/5840)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile das Wort der Kollegin Claudia Köhler.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was für Wochen, was für Entscheidungen: Sondervermögen für Verteidigung und Infrastruktur werden möglich, die Schuldenbremse wird endlich reformiert – und das mit Mehrheiten, die auch im vergangenen Jahr schon möglich gewesen wären, die unserer Wirtschaft geholfen hätten. Grüne Politik wirkt – wenn auch spät und wenn auch erst jetzt von Herrn Merz eingestanden. Das freut uns.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich zitiere aus dem Beschluss des Bundestages:

"Die Infrastruktur ist vor allem aber ein maßgeblicher Standortfaktor, der die Wettbewerbsfähigkeit und die mittelfristigen Wachstumsaussichten einer Volkswirtschaft wesentlich beeinflusst. Die Investitionen in diesen Standortfaktor sind im letzten Jahrzehnt gering ausgefallen."

So. Dies haben Sie jahrelang bestritten. Jetzt hat es aber der Bundestag mit den Stimmen der CSU so beschlossen. Es kommt aber noch besser:

"Insgesamt ist die gesamtwirtschaftliche Dynamik in Deutschland derzeit schwach. Die deutsche Volkswirtschaft steht vor erheblichen strukturellen Herausforderungen, die das Wachstumspotenzial seit Jahren dämpfen. Hierzu zählen nach Einschätzung unabhängiger Experten auch die Defizite der öffentlichen Infrastruktur."

Auch das wurde mit den Stimmen der CSU so beschlossen. Wir sollten aber jetzt nach vorne schauen und in Zukunft konstruktiv zusammenarbeiten.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Aber erst mal motzen!)

Nur dann kommt etwas Sinnvolles dabei heraus. Das hat auch Herr Merz in den letzten zwei Wochen schmerzlich erkennen müssen.

Endlich kann Deutschland investieren und die Infrastruktur ertüchtigen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Sondervermögen wird ein Konjunkturmotor für unser Land sein. Zunächst ist aber wichtig – und das beantragen wir heute –, dass Bayern, die CSU und die FREIEN WÄHLER, im Bundesrat der vom Bundestag beschlossenen Änderung des Grundgesetzes doch zustimmen. Das Gerangel der letzten Tage war peinlich.

(Beifall bei den GRÜNEN – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Und ihr GRÜNE habt im Bundestag einfach so zugestimmt? – Das ist scheinheilig!)

Auf Landesebene muss es um die Verwendung des Geldes gehen, das von diesem Paket höchstwahrscheinlich auch nach Bayern kommen wird. Diese Investitionen – auch die in Wirtschaft und Infrastruktur – müssen künftig zusätzlich getätigt werden. Dafür haben wir GRÜNE gesorgt. Zusätzlich! Damit muss eines klar sein: Liebe Damen und Herren von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, das Geld ist nicht

für Gefälligkeitsgeschenke gedacht – auch nicht vor der Kommunalwahl oder der Landtagswahl. Ein Etikettenschwindel wird dem Ernst der Lage nicht gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Das Geld muss dort investiert werden, wo es den Menschen und unseren Unternehmen langfristigen Nutzen bringt. In die Sanierung unserer Schulen und Hochschulen und für die Rettung unserer Schwimmbäder in Bayern muss es fließen. Da schauen Sie seit Jahrzehnten zu, wie ein Schwimmbad nach dem anderen schließt.

Auch in die Energiewende muss es fließen. Bayern sitzt auf einem unglaublichen Schatz der Geothermie. 40 % der Gebäude könnten mithilfe der Geothermie beheizt werden. Aber da lassen Sie unsere Kommunen bisher mit der Umsetzung allein. Die Kommunen brauchen Unterstützung bei Geothermieprojekten und Wärmenetzen. Vor Wahlen wird immer viel darüber geredet; aber jetzt muss gehandelt werden.

Unsere Verkehrsinfrastruktur ist schon lange nicht mehr zeitgemäß. Es braucht jetzt Investitionen in die Schiene, in Nahverkehr und den ÖPNV. Ja, es braucht auch Investitionen in Radwege. Das alles muss jetzt endlich angegangen werden. Die Menschen in Bayern müssen verlässlich zur Arbeit und zur Schule kommen. Sie müssen auch in der Freizeit reisen, fahren und wieder daheim ankommen können, günstig und pünktlich. Unsere Unternehmen müssen sich auf zuverlässige und intakte Transportwege verlassen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist gut, dass endlich Geld für den Klima- und Transformationsfonds für alle diese Investitionen bereitgestellt wird; denn ohne Geld müsste das nur über Ordnungspolitik gemacht werden. Da fehlt dann schnell die Akzeptanz der Menschen. Das wurde der noch amtierenden Bundesregierung zum Verhängnis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Geld kann der Klimaschutz jetzt eigentlich nicht mehr scheitern,

(Lachen bei der AfD)

nur noch an Ihrem politischen Willen oder Unwillen. Geld ist da. Ausreden gelten ab jetzt nicht mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Frau Kollegin. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Ralf Stadler von der AfD-Fraktion vor.

Ralf Stadler (AfD): Frau Köhler, es ist doch vonseiten der CSU und den FREIEN WÄHLERN gerade gesagt worden, es würden nur die Möglichkeiten geschaffen, dass man sich da Geld nehmen kann. Sie aber verteilen das Geld schon fleißig. Entweder haben die CSU und die FREIEN WÄHLER gerade Unwahrheiten verbreitet, oder Sie sind ganz klar über den Tisch gezogen worden. Was sollen wir überhaupt noch glauben?

(Johannes Becher (GRÜNE): Sie glauben doch eh nur das, was Sie glauben wollen!)

Claudia Köhler (GRÜNE): Sie stellen mir eine Frage, die Sie der CSU stellen sollten und müssten. Ich habe gesagt – –

(Zuruf des Abgeordneten Ralf Stadler (AfD))

Wenn Sie mir zuhören und mir gerade zugehört hätten, dann wüssten Sie es. Ich habe gesagt, wofür dieses Geld bereitgestellt wird. Da ist noch nichts ausgegeben. Wir haben gerade Haushaltsberatungen. Auch da hätten Sie die Gelegenheit gehabt, konstruktive Anträge zu stellen, wofür dieses Geld gedacht ist und wofür es bereitgestellt wird. Damit ist noch gar nicht gesagt, dass es ausgegeben werden muss.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das haben Sie aber gerade gesagt!)

Sie müssen einfach gut zuhören. Ich habe nur vorgelesen, was im Bundestag beschlossen wurde. Dieses Geld ist keineswegs für Wahlkampfgeschenke oder für Gefälligkeiten vor Ort gedacht, sondern ist für Investitionen in unsere Infrastruktur, was dann auch unsere Wirtschaft stärken wird.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Ob Sie daran ein Interesse haben oder nicht, bleibt Ihnen überlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist der Kollege Josef Zellmeier für die CSU-Fraktion.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Gestern war tatsächlich ein historischer Tag im Deutschen Bundestag. Die Lockerung der Schuldenbremse – mit Zweidrittelmehrheit – für Verteidigung, die Möglichkeiten der Bundesländer und das sogenannte Sondervermögen wurden beschlossen. Das sogenannte "Sondervermögen" ist schuldenbasiert – das muss man deutlich sagen, damit in der Bevölkerung kein falscher Eindruck erweckt wird. Das ist etwas, was in so kurzer Zeit nicht zu erwarten war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man es aber in der Gesamtbetrachtung bewertet, ist es eine richtige Entscheidung. Deshalb geht der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN grundsätzlich in die richtige Richtung,

(Lachen des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

auch wenn wir bei Bewertung aller Details nicht zustimmen können. Wir haben einen eigenen "Nachzieher" eingebracht. Unsere Schwerpunkte sind Sicherheit und Wohlstand. Dort wollen wir investieren, und wir wollen verdeutlichen, wo wir uns nicht vorfestlegen wollen. Wir wollen das den künftigen Beratungen überlassen.

Eines ist richtig – das hat auch die Zwischenbemerkung gezeigt –: Natürlich muss der Bundestag auch noch für die Ausführung des Ganzen die nötigen Gesetze erlassen und die nötigen Schwerpunkte setzen. Die Möglichkeiten sind dafür aber geschaffen. Ich gehe davon aus, dass sie im Wesentlichen auch investiv wahrgenommen werden.

Wir wollen unser Land stärker aufstellen. Aber allein der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN mit der Überschrift "Bayern modernisieren" beinhaltet doch, Bayern wäre nicht modern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist das modernste Bundesland aller 16 Bundesländer und eines der modernsten Länder weltweit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb ist der Investitionsbedarf in Bayern Gott sei Dank nicht so hoch wie in anderen Ländern, obwohl uns natürlich die schwierige Wirtschaftslage, der Rückgang bei den Steuerschätzungen zusetzen und Schwierigkeiten machen. Wer anderes behauptet, lügt. Wir haben durchaus Probleme, weil die Automobilindustrie Schwierigkeiten hat, die einen Schwerpunkt in Bayern hat. Trotz allem beträgt – ich habe es schon x-mal gesagt, und es ist auch immer wichtig zu betonen – Bayerns Investitionsquote 15 %. Damit sind wir spitze unter den westlichen Flächenländern. Die Investitionsquote der Kommunen beträgt 23 %. Das ist spitze. Die Zinsbelastung beträgt 0,5 %. Das ist ebenfalls spitze.

Wir haben uns mit den Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER geeinigt, was den anderen Fraktionen im Hause vielleicht nicht gefällt. Es gibt durchaus Meinungsunterschiede und manchmal Konflikte, das wissen Sie. Aber in den wesentlichen Themen werden wir uns erfreulicherweise einig. So ist es auch hier passiert. Wir werden auch keine Geschenke verteilen, liebe Kollegin Köhler. Bayern hat immer in die wichtigen Themen investiert, in die Zukunft Bayerns investiert.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Ja, ja!)

Das wollen wir auch in Zukunft tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber jetzt schon zu sagen, wohin genau die Gelder fließen, wäre verfrüht. Auch das ist ein Grund, den Antrag der GRÜNEN abzulehnen, auch wenn er im Prinzip die richtige Tendenz aufweist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist der Erfinder der Schuldenbremse. Ich sage jetzt: Die CSU ist der Erfinder der Schuldenbremse. Wir haben sie erfunden und als Erste freiwillig umgesetzt und dann im Grundgesetz, in der Bayerischen Verfassung verankert. Deshalb ganz klar: Unser Ziel war immer, solide zu wirtschaften, solide Haushalte, und das bleibt unser Ziel und unser Markenkern.

Aber in der jetzigen Situation – Sie können das bestreiten, aber es ist so –, in der der große Partner USA unzuverlässig wird – ich sage jetzt nicht: ausfällt, das weiß man ja nicht, mal so, mal so, jeden Tag anders, aber es ist ein Partner, auf den wir uns nicht mehr verlassen können –, sind wir darauf angewiesen, im europäischen Verbund in die Verteidigung zu investieren. Verteidigung ist immer schon ein wesentlicher Faktor und immer ein Thema der CSU gewesen. Der soll in Zukunft wieder stärker betont werden. Dafür ist es wichtig zu investieren.

Aber auch die Frage von Investitionen in unsere Infrastruktur ist eine ganz entscheidende. Wenn jetzt die Schuldenbremse für die Länder gelockert wird, dann werden wir darüber nachdenken. Aber ich sage Ihnen jetzt schon: Wir werden diese gelockerte Schuldenbremse mit Sicherheit nicht ausnutzen. Wir werden verantwortungsbewusst damit umgehen und die Lockerung, wo es geht, vermeiden. Ein ausgeglichener Haushalt steht in der Bayerischen Verfassung und wird auch weiter Ziel der CSU und der Regierungsfraktionen CSU und FREIE WÄHLER bleiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das sind wir auch unseren Kindern und Enkelkindern schuldig, die den Schuldendienst einmal leisten müssen. Wir kennen die Zahlen aus den Vereinigten Staaten.

Das ist im Übrigen eine ganz erstaunliche Geschichte. Welcher politischen Gruppierung man da auch angehört: Alle haben Billionenschulden gemacht, und zwar jährlich, nicht in Jahrzehnten – jährlich! Wir reden da über jährliche Billionenschulden, die in den USA aufgenommen werden mit einer enormen Zinsbelastung. Das wollen wir nicht. Deshalb ist das ein einmaliges Ereignis, das uns in der jetzigen schwierigen Lage hilft und das wir sicherlich nicht ausnutzen werden, um konsumtiv tätig zu sein, wie es leider Gottes in Berlin immer wieder der Fall war, vor allem in den letzten Jahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber hinaus aber ein ganz wesentlicher Punkt: Wir brauchen Reformen, wir brauchen Veränderungen. Das ist ganz entscheidend. Ohne die wird es nicht gehen. Denn so viele Schulden können wir gar nicht aufnehmen, dass wir diese Dinge nicht brauchen. Wir wollen vor allem Reformen. Wir wollen entbürokratisieren und beschleunigen. Das ist ganz entscheidend.

Wir wollen weniger Migration. Auch das ist ein wesentlicher Faktor. Das wird von der linken Seite des Hauses leider Gottes immer heruntergespielt. Das ist ein gesellschaftliches Problem, ein Problem des gesellschaftlichen Zusammenhalts,

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

aber auch ein finanzielles Problem. Dieses finanzielle Problem müssen wir lösen, indem wir insgesamt weniger Migration haben. Ich bin dankbar, dass wir hier die richtigen Schritte gemeinsam mit der SPD gehen. Das ist ganz entscheidend, damit wir in Zukunft erfolgreich sagen können: Wir sind offen für Fremde, die zu uns kommen, wenn sie zu unserer Gesellschaft beitragen, aber wir können nicht alle in der Welt aufnehmen, die Probleme haben, egal welcher Art. Das wird auch in Zukunft nicht funktionieren. Da müssen die Zahlen nach unten. Auch das wird uns finanziellen Spielraum geben.

Wir brauchen die Unternehmenssteuerreform, Sonderabschreibungen und vieles mehr. Wir brauchen eine Senkung der Energiekosten, eine Senkung der Stromsteuer auf

das EU-Mindestniveau. Wir brauchen die Planung von Gaskraftwerken, und wir müssen vor allem die Prozesse beschleunigen, damit schneller geplant und gebaut werden kann. Wir wollen die Automobilindustrie als Leitindustrie behalten, und das unabhängig davon, mit welcher Technologie, ob mit oder ohne Verbrenner, die Autos betrieben werden.

Wenn Sie genauer hinschauen – das sei einmal betont, weil momentan nur noch das Thema Schuldenbremse, das Thema Sondervermögen eine Rolle spielt –, dann sehen Sie: Die CSU hat mit ihrem Parteivorsitzenden Markus Söder in Berlin viele Dinge durchgesetzt. Einige sind schon genannt worden. So haben wir erreicht, dass wir die Umsatzsteuer in der Gastronomie für Speisen wieder absenken, eine langjährige Forderung und in einem Tourismusland mit Nachbarn wie Österreich und Tschechien, die massiv investieren, ganz notwendig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mein Stimmkreis beinhaltet einen Teil des Bayerischen Waldes. Da gehen Sie mal ein paar Kilometer über die Grenze, sei es bei uns die tschechische Grenze, sei es weiter im Süden die österreichische Grenze. Dann sehen Sie, was dort im Tourismus passiert, und das mit einer niedrigeren Umsatzsteuer. Das ist dringend notwendig und jetzt endlich dauerhaft eingeführt.

Erstattung beim Agrardiesel: Mein Stimmkreis hat prozentual die höchste Anzahl an Landwirten in ganz Deutschland. Natürlich ist das ein wesentlicher Faktor. Wir sind hier im Wettbewerb mit anderen europäischen Staaten. Darum ist die Erstattung beim Agrardiesel auf Dauer zu sichern, und das geschieht jetzt. Auch das ist ganz wichtig für eine regionale, umweltfreundliche und günstige Lebensmittelproduktion.

Wir weiten die Mütterrente aus. Das sei an der Stelle gesagt: Das ist ein Akt der Gerechtigkeit. Die Mütter von fast allen, die hier sitzen, gehören zu denjenigen, die Kinder bekommen haben in einer Zeit, als es das Betreuungssystem in der Form nicht gab.

(Anna Rasehorn (SPD): Das stimmt!)

Das heißt, sie haben wenig oder selten Gelegenheit gehabt, Vollzeit zu arbeiten, und sie sind bei der Rente benachteiligt. Das wird endlich korrigiert. Ein solcher Akt der Gerechtigkeit kommt auch dem "S" in "CSU" sehr entgegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen: Wir setzen die richtigen Schwerpunkte. Wir gehen vorsichtig mit den Instrumenten um, die uns gegeben werden. Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag, weil er die richtigen Schwerpunkte setzt. Ich will aber auch betonen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN: Ihr Antrag ist nicht falsch, aber er hat Teilbereiche, die wir so nicht akzeptieren können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner: Kollege Benjamin Nolte für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Benjamin Nolte (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kollegen! Es geht weiter: der nächste Antrag, der sich mit der Schuldenorgie und dem Wählerverrat von Friedrich Merz und seinen Spießgesellen in Berlin beschäftigt. Der erste Teil dieses Antrags ist dabei gleich einmal überflüssig. Wir brauchen die Staatsregierung nicht aufzufordern, dem Wahnsinn aus Berlin im Bundesrat zuzustimmen. Das macht sie schon von sich aus mit dem größten Vergnügen.

Nach ein bisschen Drama sind ja auch die FREIEN WÄHLER mal wieder umgefallen. Zwischen dem selbstbewussten "Wir sagen Nein" vom vergangenen Mittwoch und dem Einknicken am Montag lagen immerhin fünf Tage. Die FREIEN WÄHLER können sich also zumindest dahin gehend auf die Schulter klopfen, dass sie länger standhaft geblieben sind als Friedrich Merz nach der Bundestagswahl.

(Beifall bei der AfD)

Das ändert aber nichts am Ergebnis. Die FREIEN WÄHLER haben mit ihrem Wendemanöver vor allem eines bewiesen, nämlich dass sie als Partei genauso überflüssig sind wie der erste Teil dieses Dringlichkeitsantrags.

Kommen wir nun zu den weiteren Punkten des Antrags. Durch die Schuldenorgie auf Kosten der zukünftigen Generationen ist jetzt plötzlich Geld da. Nun kommen die Vorschläge und Wünsche, wie man dieses Geld am besten ausgeben oder auch aus dem Fenster werfen kann.

Erster Punkt: Bau und Sanierung von Schulen und Schwimmbädern. Ich gebe zu, es gibt weniger sinnvolle Dinge, für die man das Geld ausgeben könnte. Aber dass die Schulen und Schwimmbäder in einem derart erbärmlichen Zustand sind, liegt auch daran, dass man sie jahrzehntelang vor sich hinschimmeln hat lassen, weil man das Geld lieber für andere Dinge ausgegeben hat. Ich darf daran erinnern, und auch wenn Sie es wahrscheinlich nicht mehr hören wollen, sage ich es trotzdem: Egal ob auf Bundesebene oder hier in Bayern – wir haben kein Einnahmenproblem, wir haben ein Ausgabenproblem.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Punkt: das leidige Thema Energiewende. Es ist egal, wie oft Sie den Blödsinn wiederholen, Blödsinn bleibt Blödsinn.

(Beifall bei der AfD)

Die Energiewende ist ein Irrweg. Der ist Bayern schon teuer zu stehen gekommen und wird Bayern auch in Zukunft teuer zu stehen kommen. Das ist nichts anderes als grüne Planwirtschaft, und CSU und FREIE WÄHLER machen fleißig mit. Die Wärmeewende ist teuer und ineffizient. Das wird auch durch die Geothermie nicht besser. Bayern hat aktuell 24 Tiefengeothermieranlagen. Diese decken gerade einmal 0,6 % des Wärmebedarfs. Mit Preisen für Strom aus Geothermie von bis zu 25 Cent pro

Kilowattstunde sind die Kosten zudem gewaltig. Wenn wir also schon derart enorme Schulden aufnehmen, dann sollten wir das Geld auch sinnvoll ausgeben, nicht für irgendwelchen grünen Klima-Voodoo.

Dritter und letzter Punkt: die Infrastruktur. Liebe Kollegen, unsere Infrastruktur pfeift aus dem letzten Loch. Das leugnet auch niemand. Aber auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole: Wir haben kein Einnahmenproblem, wir haben ein Ausgabenproblem. Ich muss da gar nicht mal auf die berühmten Radwege in Peru verweisen als Beispiel für schamlose Verschwendungen von Steuergeldern. Wir haben auch hier in Bayern genügend Negativbeispiele.

Wir lehnen den Antrag ab. Wir lehnen die Schuldenorgie ab. Liebe FREIE WÄHLER, vielleicht überlegen Sie sich jetzt noch einmal, ob Sie im Bundesrat zustimmen wollen oder einmal in Ihrem Leben Rückgrat beweisen wollen. Kehren Sie um, und verhindern Sie diesen Wahnsinn, sonst muss Peru in Zukunft die Radwege bei uns bezahlen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Anna Rasehorn.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen! Wissen Sie, was lange Zeit unmöglich war? – Auf den Mond zu fliegen, jemanden ohne Schnurtelefon anzurufen, Frieden in Europa. Es gab die einen, die gesagt haben, das geht nicht, das ist unmöglich, und zum Glück manche, die davon nichts wussten, es trotzdem getan haben und unsere Gesellschaft damit vorangebracht haben.

(Zuruf von der AfD: Was hat die SPD damit zu tun?)

Jahrelang hat die Union gesagt, die Schuldenbremse dürfe nicht angetastet werden, egal, ob unsere Schulen zerbröckeln, die Bahn ein Sinnbild für Verspätungen und

Ausfälle ist, unsere Krankenhäuser reihenweise dichtmachen und uns die Auswirkungen des Klimawandels um die Ohren fliegen, und siehe da, auf einmal ist das Unmögliche möglich. Jetzt ist die Union endlich doch weiter, und offensichtlich ist auch eine andere Politik möglich, die Herr Merz noch vor ein paar Wochen als unmöglich bezeichnet hat. Endlich gibt es Geld für unsere Schulen, unsere Straßen, die Digitalisierung und unsere Sicherheit.

(Beifall bei der SPD)

Das hilft uns und unserem Land. Es tut enorm gut, dass endlich der Investitionsstau angegangen wird, der von konservativen Fraktionen jahrzehntelang aufgestaut wurde.

(Beifall bei der SPD)

Der große Schritt gestern

(Zuruf des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER))

gibt mir Hoffnung, dass die schwarz-rote Koalition nicht nur aus Gründen der Demokratievereidigung notwendig ist, sondern tatsächlich zukunftsfähig sein kann. Als Angehörige der jungen Generation, die mit der Mentalität "Geiz ist geil" groß geworden ist, ärgert es mich aber, dass erst Tausende Schulen, unsere Bahn und unsere Krankenhäuser kaputtgehen mussten, damit wir auf einmal verstehen, dass man doch lieber jetzt in die Zukunft investiert und Schulden aufnimmt, anstatt den Staat so kaputtzusparen, dass man gar kein Geld mehr hat und es tausendfach mehr kostet. Deswegen vielen lieben Dank.

Dabei ist es so wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen, als demokratische Fraktionen aufzuzeigen und davon zu überzeugen, dass noch so viel mehr möglich ist für ein besseres Land und eine bessere Welt und dass wir nur damit gewinnen können, wenn wir den Leuten glaubhaft machen können, in welcher Gesellschaft wir in zwanzig Jahren leben möchten. Daher nur ein Satz an die FREIEN WÄHLER: Es ist erstaunlich, dass euch zu diesem Thema nichts anderes eingefallen ist, als dass ihr uns als SPD

verhindern und der SPD keinen Millimeter überlassen wollt. Wenn dies das einzige Argument ist, das hier gebracht wird, muss ich sagen, haben wir als Bayern-SPD im letzten Jahr erstaunlicherweise richtig viel Gutes gemacht.

(Zuruf des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER))

Deswegen danke ich für diesen Antrag. Wir werden dem Antrag der GRÜNEN zustimmen und uns aufgrund des Länderfinanzausgleichs zum Antrag der CSU enthalten.

(Beifall bei der SPD – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Da spricht die pure Enttäuschung einer Staatssekretärin!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht nun Herr Kollege Stefan Frühbeißer.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein bewegendes Thema, wobei die Interpretation unterschiedlich ist, aus welchem Grund man die Notwendigkeit der Aufhebung der Schuldenbremse inhaltlich zum größten Teil im Konsens der demokratischen Parteien befürwortet. Warum ist das so? – Das liegt an der außergewöhnlichen Herausforderung, die unser Land und unsere Bundesrepublik in dieser Größenordnung und Auswirkung mit Sicherheit noch nie betroffen hat, Verteidigungsfähigkeit in einer Situation zu schaffen, in der Diplomaten und Staatsmänner nicht mehr verlässlich sind, aber vor allem ein Angriffskrieg auf und in Richtung Europa gestartet worden ist, in der aber auch – das müssen wir eingestehen – die Voraussetzungen im Land nicht gerade rosig waren, weil seinerzeit unter anderen Voraussetzungen und anderem Vertrauen die Wehrpflicht abgeschafft und die Bundeswehr zurückgefahren worden ist, sodass nun sehr schnell aufgeholt werden muss, was für die Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit unserer Bevölkerung absolut notwendig ist. Wir haben es in den letzten Jahrzehnten – das ist Teil der Wahrheit – auch oftmals versäumt, gemäß der Lehre der öffentlichen Hand Rücklagen zu schaffen und uns auf das absolut Notwendige zu beschränken. Dies führte zur Nachrangigkeit öffentlicher Leistungen, weil es viel

angenehmer war, als Politiker das eine oder andere Geschenk zu verteilen, und attraktiv war, Wünsche zu erfüllen, die vielleicht nicht unbedingt zu den staatlichen oder kommunalen Pflichtaufgaben gehören.

Interpretiere ich den Vortrag meines Vorredners genauer, stelle ich fest, dass ich noch einmal näher darauf eingehen muss. Es wird behauptet, dass das Geld nicht gereicht hätte, weil – –. Ich muss das Lied nicht wiederholen, das hier immer wieder gesungen wird. Ich sage es Ihnen anhand eines Beispiels: Eine kleine, hochverschuldete Gemeinde mit 5.400 Einwohnern hat es geschafft, die Schulden um 75 % zu reduzieren, die Rücklagen in der gleichen Zeit zu verdoppeln, aber auch ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. Sie betreibt aktuell zwei Bäder. Nun ist sie eine steinreiche Gemeinde. In dieser Gemeinde ist das praktiziert worden, was man als politisch Verantwortlicher im Schulterschluss eigentlich tun müsste, nämlich sich auf das absolut Notwendige zu beschränken, gesetzliche Pflichtaufgaben zu erfüllen und freiwillige Leistungen anzubieten, wenn man Mittel zur Verfügung hat, aber vor allem in guten Zeiten Rücklagen zu schaffen, um, wie es die Lehre sagt, in schlechten Zeiten etwas übrig zu haben.

Jetzt könnten wir natürlich ewig darüber diskutieren – das wird immer gern getan –, wer schuld ist, einmal die einen, einmal die anderen. Natürlich ist es immer einfach, hier eine politische Gruppierung zu nehmen. Letztendlich stehen wir aber alle in der Verantwortung, nicht zurückzuschauen, sondern nach vorne zu blicken und die Aufgaben der Zukunft zu lösen. Ich bin sehr froh, dass unsere Bedenken – hier muss ich dem Vorredner von der AfD deutlich widersprechen – ernst genommen worden sind, die Bedenken, die uns in der Regierungskoalition übrigens nicht getrennt haben, sondern die vorhanden sind, über die wir ausführlich diskutiert haben und die wir in die Diskussion eingebracht haben. Es ist schon angesprochen worden, dass, auch wenn es vielleicht nicht in jedem Detail rechtsbindend sein mag, klar ist, dass dies eine deutliche Erklärung ist, zu der wir uns gegenüber der Öffentlichkeit immer wieder verpflichten und an der wir auch künftig festhalten werden, damit die Details umgesetzt werden.

Jetzt komme ich auf das Beispiel der kleinen Kommune zurück. Vorhin haben wir ein Referat des Kollegen der AfD bekommen, warum das so ist und wie wichtig es angeblich wäre, dass die AfD hier mitwirkt. Ich sage Ihnen, warum im Umkehrschluss der beste Beweis erbracht wurde, dass die AfD nicht notwendig ist: In dieser Gemeinde spielt die AfD keine Rolle. Das wird auch weiterhin so sein, und das ist gut so. Erfolgreiche Politik braucht keine AfD.

Wir müssen den Antrag der GRÜNEN leider ablehnen, weil er unsere Auffassung im Detail nicht wiedergibt. Deshalb wurde auch dieser nachgezogene Dringlichkeitsantrag gestellt. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Schöffel noch um das Wort gebeten.

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hört man sich die Einlassungen beider Seiten des Hauses zum Bundeshaushalt genau an, ist als Erstes festzustellen, dass es gut ist, dass die AfD keine Bundesregierung bildet. Es ist aber auch gut, dass rot-grüne Politik in ihrer Reform und so, wie sie bisher betrieben worden ist, zu Ende ist und die neue Regierung von einem Unionskanzler angeführt wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich will Ihnen sagen, Herr Kollege von Brunn, die Einrichtung des Sondervermögens ist ein historischer Entschluss. Warum Änderungen an der Schuldenbremse notwendig sind, hat Herr Kollege Fackler heute in Bezug auf die Bundeswehr sehr deutlich ausgeführt. Es stehen aber noch schwierige Gespräche an. Es ist zwingend notwendig, in diesem Bundeshaushalt Einsparungen und Reformen vorzunehmen und Verfahren zu beschleunigen, damit wir am Ende Spielräume erhalten, um Kredite finanzieren zu

können. Da wird die SPD am Ende auch mitgehen müssen, sonst wird das Ganze in dieser Form nicht eintreten können, meine sehr geehrten Damen und Herren; denn es bleibt dabei, dass Zinsen nicht mit Schulden finanziert werden können, sondern dass dafür Spielräume im Haushalt geschaffen werden müssen.

Genauso ist es ziemlich oberflächlich und falsch von dieser AfD-Fraktion, wenn man den Eindruck erweckt, dass man in der Entwicklungshilfe einsparen kann, bei Radwegen, die Sie angesprochen haben. Natürlich muss das gemacht werden. Aber wenn man glaubt, dass man mit diesen Einsparungen am Ende die Bundeswehr entsprechend ausstatten kann, dann erzählen Sie den Leuten Märchen. Das kann man nur machen, wenn man Deutschland praktisch an Moskau verkaufen will. Aber damit kann man nicht die NATO stärken und auf historische Entwicklungen eingehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Eines will ich an dieser Stelle auch sagen: Die GRÜNEN müssen die Staatsregierung nicht auffordern, diesen Beschlüssen zuzustimmen; denn die sind im Wesentlichen von dieser Staatsregierung, von unserem Ministerpräsidenten, mitverhandelt worden. Es gab nie einen Zweifel daran, dass die Staatsregierung auch im Bundesrat zustimmen wird.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

– Lieber Kollege Pargent, wissen Sie, was der Unterschied ist? Jetzt, mit der neuen Bundesregierung, hat der Freistaat Bayern endlich wieder Gewicht in Berlin, hat wieder Möglichkeiten mitzubestimmen, hat Möglichkeiten, bayerische Interessen dort einzubringen. Das hatten bisher Rote, GRÜNE und FDP aus Bayern überhaupt nicht: Sie hatten keinen Bundesminister, keinen Einfluss. Das wird sich jetzt ändern, im Sinne unseres Freistaates, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Da sind viele Dinge verhandelt worden, die auch für unseren Wirtschaftsstandort wichtig sind: Ausbau des Wasserstoffnetzes, Maßnahmen zur Rettung von Tausenden von Arbeitsplätzen, Abbau von Bürokratie, von Verfahren, und viele Dinge wie Arbeitszeitflexibilisierung, Maßnahmen für die Gastronomie und vieles andere mehr. Diese Dinge müssen jetzt auf den Weg gebracht werden. Es sind noch viele Dinge auf den Weg zu bringen: Beschlüsse im Bundesrat; die neue Regierung muss gebildet werden; der Haushalt muss beschlossen werden.

Eines ist auch klar: Die finanziellen Mittel aus dem Sondervermögen sind noch nicht aufgenommen. Jede gesetzliche Maßnahme muss parlamentarisch beschlossen werden. Die GRÜNEN können da gerne zustimmen, aber es ist damit vorbei, dass grüne Ideologie auf den Bundeshaushalt in der Form wie bisher Einfluss nehmen wird.

(Johannes Becher (GRÜNE): Wenn man keine Argumente hat, kommt man immer mit der Ideologiekeule! Zur Sache, Herr Staatssekretär!)

Jetzt kommen wir mal zu den Argumenten und zur Frage, in welche Bereiche im Freistaat Bayern nun investiert wird. Sie haben ja aufgezählt, was alles gemacht werden muss. Da will ich Ihnen mal sagen: Bayern investiert wie kein anderes Flächenland in Westdeutschland in die Infrastruktur, auch in die kommunale Infrastruktur.

Schauen wir uns mal an, wie die Investitionsquote in anderen Ländern ist. Baden-Württemberg zum Beispiel, mit einer grünen Regierung: 11,4 %. Nordrhein-Westfalen: 10,1 %. Schleswig-Holstein: 9,4 %. Dagegen hat der Freistaat Bayern in diesem Jahr eine Investitionsquote von 15,2 %. Das ist verantwortungsvolle Politik für die Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Das haben wir über viele Jahre auf den Weg gebracht, und wir sind auch seit 20 Jahren der Vorreiter des ausgeglichenen Haushalts. Darauf ist der Kollege Zellmeier schon entsprechend eingegangen.

30 % unseres Haushaltsvolumens stellen wir den Kommunen zur Verfügung, auf unterschiedlichsten Wegen. Auch das ist ein wichtiger Punkt. Sie schreiben von Schulen, Schwimmbädern, Straßen und ÖPNV. Auch da können wir uns sehen lassen: Wir geben über eine Milliarde Euro für den kommunalen Hochbau und rund 650 Millionen Euro für den kommunalen Straßenbau. Es gibt viele Dinge, die jetzt noch verstärkt werden können. Wir werden mit diesen Geldern, die aus Berlin kommen, sehr verantwortungsvoll umgehen, wir werden sie auch im Sinne unserer Bürger und unserer Kommunen einsetzen. Das haben wir schon immer getan. Auf die hohe Investitionsquote habe ich schon hingewiesen.

Es wäre uns auch in den letzten Jahren recht gewesen, wenn die Bundesregierung mehr auf Bayern geschaut hätte, zum Beispiel beim Ausbau der Schieneninfrastruktur. Es ist festzustellen, dass im Bereich der Schieneninfrastruktur bundesweit ein Bedarf von 100 Milliarden Euro besteht.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das sind doch Aufgaben, die der Bund schon lange angehen müssen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das Geld darf nicht in das Deutschlandticket investiert werden, es muss in die Infrastruktur investiert werden, gerade im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU – Johannes Becher (GRÜNE): Sollen die Pendler wieder 200 Euro im Monat bezahlen statt 58?)

Die GRÜNEN führen die kommunale Wärmeplanung auf. Sie ist ein typisches Beispiel dafür, dass der Bund Aufgaben auf die Kommunen verlagert, aber kein Geld dafür gibt. Das muss doch auch mal ein Ende haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der Bund den Kommunen Aufgaben überträgt, aber das Ganze nicht entsprechend finanziert. Wer war denn der Energieminister in Deutschland? – Das war Robert Habeck. Wer hat denn KfW-Förderprogramme für die energetische Gebäudesanierung

als Erstes gestrichen, weil er sie nicht mehr wollte, weil sie nicht ideologisch genug waren?

(Widerspruch des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

In diesem Bereich müssen wieder Dinge vorangebracht werden. Das haben die GRÜNEN in den letzten Jahren versäumt.

(Johannes Becher (GRÜNE): Da wäre halt eine Reform der Schuldenbremse schon in der Vergangenheit gut gewesen! Aber mei!)

Ich kann es hier nur nochmals sagen: Das, was jetzt auf dem Tisch liegt, ist Teil eines Aufbruchs für die Stärkung Deutschlands im wirtschaftlichen Bereich und in vielen anderen Bereichen. Ich danke unserem Ministerpräsidenten, der sich für den Freistaat Bayern in Deutschland sehr stark einsetzt. Bayern hat wieder Gewicht in Deutschland, und wir werden das miteinander gut auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor, zunächst die Frau Kollegin Claudia Köhler.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, ich bin eigentlich entsetzt, in was für einem Stil Sie hier schon wieder weitermachen.

(Lachen bei Abgeordneten der CSU)

Etwas mehr Demut und Bereitschaft zur Zusammenarbeit in der Sache hätte ich mir nach dieser Woche schon erwartet; nach dieser Woche, in der Ihnen GRÜNE und SPD aus der Patsche geholfen und einen Kanzler Merz erst möglich gemacht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Sie dreschen hier wieder Phrasen, obwohl Sie in Verantwortung sind. Ganz Deutschland lacht über Bayern. Das ist wirklich peinlich. Ich möchte Sie bitten: Sagen Sie noch etwas zur Sache. Wofür würden Sie dieses Geld einsetzen? Was haben Sie mit dem jetzt möglichen Geld vor, das für Investitionen in Infrastruktur gedacht ist? Was möchten Sie mit diesem Geld finanzieren?

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Liebe Frau Kollegin Köhler, eine Minute Antwort reicht nicht, um aufzuzählen, was nach den vielen Versäumnissen der letzten Jahre alles notwendig ist. Ich kann nur sagen, im Bereich der Infrastruktur sind das zum Beispiel der Ausbau der Bahnlinien,

(Zuruf von den GRÜNEN)

zum Beispiel fehlende Elektrifizierung, zum Beispiel die Bahnverbindungen zwischen Bayern und Tschechien, im Bereich des Klima- und Transformationsfonds das Wasserstoffnetz und die Stromspeicher

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

und viele andere Dinge, die Sie nicht auf den Weg gebracht haben. Das werden wir jetzt zusammen machen.

(Tim Pargent (GRÜNE): Es heißt, die CSU wird nicht den Verkehrsminister stellen! Das ist die erste gute Nachricht heute!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Eine weitere Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Oskar Lipp.

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Staatssekretär Schöffel von der CSU, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich hätte gerne um eine Stellungnahme gebeten; und zwar: Ihre CSU ist ja im Bundestag vertreten; es gibt auch einen Kanal auf X. Ich zitiere aus einem Beitrag vom 1. Juni 2022:

"Die Ampel macht in einem Jahr mehr Schulden als die Regierungen Adenauer, Erhard, Kiesinger, Brand, Schmidt und Kohl in den Jahren 1950 bis 1990 zusammen! @OlafScholz ist Schuldenkanzler!"

(Heiterkeit bei der AfD)

Jetzt lese ich die Kachel mal weiter vor:

"Scholz macht mehr Schulden als sechs Kanzler in 40 Jahren!"

Jetzt frage ich mich: Wie viele Schulden machen Sie denn? Wie viele Jahre sind das?
Haben Sie schon einen neuen Namen für Ihren Kanzler?

(Beifall bei der AfD)

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Lieber Herr Kollege Lipp, von der neuen Regierung ist noch kein einziger Euro Schulden gemacht worden. Aber Sie verstehen nicht – oder Sie interessiert das ja gar nicht –, dass sich die Dinge grundlegend verändert haben, in der Welt, im Bereich der NATO, im Bereich der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes. Sie haben den ganzen Nachmittag nicht zugehört, sonst würden Sie nicht solche Fragen stellen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/5834 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Ich bitte, die Gegenstimmen anzugezeigen. – Das übrige Haus. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/5840 seine Zustimmung geben will, den bitte

ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Die AfD-Fraktion. Enthaltungen! – Die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich gebe jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Nein zum Schuldenpaket im Bundesrat: Kein Aufweichen der Schuldenbremse und kein Klimaschutz ins Grundgesetz!", Drucksache 19/5833, bekannt. Mit Ja haben 27, mit Nein 125 gestimmt. Stimmenthaltungen: null. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/5835 mit 19/5837 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 17:01 Uhr)